

XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 25. Beiratssitzung am 22. August 2017
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:15 Uhr

Anwesend waren
die Damen und Herren Beiratsmitglieder
S. Besecke, R. Hennig, M. Pacaci, R. Kurpjuhn, R. Serin-
M. Hornhues, B. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst -
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -
R. Tegtmeier –
H. Boll –
T. Koschnick –
F. Magnitz -

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Frau Hellbach und Herr Pörschke von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen,
Integration und Sport
Frau Kähler, Innere Mission

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Er weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 11.08.2017 verschickt.

Änderung zur Tagesordnung:

- Absetzung des TOP 3 „Bericht über den Einsatz von Streetworkern im Bereich Burg“
Die Beratung erfolgt am 19.09.2017.
- NEU unter TOP 3: Information über eine geplanten intensivpädagogischen Einrichtung in Lesum:

Aufgrund der aktuellen Berichterstattung bittet Herr Boehlke, in Absprache mit dem Beiratssprecher Herrn Hornhues, diesen Punkt auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Frau Hellbach, Herr Pörschke (Sozialressort) und Frau Kähler (Innere Mission) werden heute hierzu aktuelle Informationen mitteilen.

Herr Boehlke hat aufgrund der kurzfristigen Behandlung im Beirat, aber auch wegen der räumlichen Situation, die Senatorin gebeten, zeitnah zu einer Bürgerinformationsveranstaltung einzuladen. Solch eine Veranstaltung wurde zugesagt. Auf dieser Veranstaltung soll das Sozialressort, das Justizressort, die Innere Mission sowie die Polizei Bremen das Konzept und die Notwendigkeit solch einer Einrichtung vorstellen und Fragen aus der Bevölkerung umfänglich beantworten

- NEU unter TOP 6 : Nachwahlen von Ausschussmitgliedern

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 13. Juni 2017

Das Protokoll wurde vorab verschickt. Änderungswünsche liegen nicht vor.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

- 2.1:** Herr X bemängelt die sehr schwache Internetleitung in der Stader Landstraße. Er erwartet, dass die Internetleitung bis zu 50.000 verstärkt wird, oder wenn es geht, auch bis zu 100.000mbits.
- 2.2:** Frau X beschwert sich über das Verkehrsaufkommen und den damit verbundenen Lärm durch LKW-Verkehr auf der Hindenburgstraße.
- 2.3:** Herr X: An der Burgdammer Straße; ausgehend vom Gelände der alten Dorfschule muss das Grün von der alten Linde und anderen Bewuchs dringend zurück geschnitten werden.
- 2.4:** Herr X regt an, zur besseren Verkehrsberuhigung der Käthe-Kollwitz-Straße Bodenwellen kurz nach der Einfahrt an der Hindenburgstraße und auf Höhe Hesterkamp und Pasch einzurichten.
- 2.5:** Herr X schlägt vor, die Käthe-Kollwitz-Straße als Anliegerstraße auszuweisen, da sie von Nichtanwohnern stark frequentiert wird und diese sich zumeist nicht an die Schrittgeschwindigkeit halten.
- 2.6:** Frau X regt an, auf der Grünfläche an der Käthe-Kollwitz-Straße Fahrradständer aufzustellen (das Grundstück gehört der Bahn).

TOP 3 (Neu): Information über eine geplante intensivpädagogische Einrichtung in Lesum

Herr Boehlke begrüßt Frau Hellbach und Herrn Pörschke von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und Frau Kähler von der Inneren Mission.

Herr Boehlke teilt mit, dass die Fraktionssprecher/innen und er vom Sozialressort über die Absicht zur Errichtung einer solchen Einrichtung im Februar und Mai „grob“ informiert

wurden. Da es sich um eine Privatimmobilie handelt und die Vertragsgespräche noch nicht abgeschlossen waren, wurden wir um Vertraulichkeit gebeten. Herr Boehlke weist darauf hin, dass der Beirat nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter offiziell in dieser Sache kein Beteiligungs-, Entscheidungs- oder Zustimmungsrecht. Dennoch war es der, sicherlich auch verständliche, Wunsch des Beirates und der Ortsamtsleitung eine kontinuierliche Information über den Sachstand zu erhalten und eine Abstimmung, inwieweit frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger in dieses Vorhaben mit einbezogen werden können.

Die aktuelle Entwicklung ist nun jedem bekannt.

Herr Pörschke erläutert, dass im Moment noch alles in Verhandlung ist, es wurde noch kein Vertrag geschlossen. Ungeklärt ist, welche Kosten Eigentümer und Träger bei der Sanierung übernehmen. Das Haus in der Käthe-Kollwitz-Straße wurde ihm ursprünglich zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten. Da mit privaten Angeboten nicht an die Öffentlichkeit gegangen werden darf, konnten die Anwohner noch nicht informiert werden. Bremen hat keine geeigneten eigenen Gebäude für eine intensivpädagogische Einrichtung und die Stadt muss deshalb Privatimmobilien anmieten. Neben dem Objekt an der Käthe-Kollwitz-Straße sei ein weiteres Objekt in Woltmershausen geprüft worden. Die dortige Unterbringung wäre aber teurer geworden. Es spricht für den Lesumer Standort, dass es frei steht, gut erreichbar ist und viele räumliche Möglichkeiten bietet.

Frau Hellbach versichert, dass es nie die Absicht gab, die Anwohner nicht rechtzeitig zu informieren. Zur Zeit wird mit dem Senat geklärt, ob eine Finanzierung gewährleistet ist. Die geplante Einrichtung ist Teil eines Gesamtsystems für die Betreuung von jungen straffällig gewordenen Menschen. Es besteht eine gesetzliche Verpflichtung für solche Einrichtungen. Seit Jahren hat Bremen keine Einrichtung für eine jugendrichterliche Unterbringung. Es sollen sieben straffällige Jugendliche an der Käthe-Kollwitz-Straße rund um die Uhr betreut werden. Es werden nur junge Männer (Deutsche und andere Herkunftsländer) aufgenommen. Es handelt sich um minderjährige Straffällige, für die das Jugendgericht mit einem Unterbringungsbefehl entscheidet, dass sie in einer intensivpädagogischen Einrichtung besser aufgehoben sind als im Jugendvollzug. Es ist vorgesehen, dass die Jugendlichen bis zum Beginn ihres Strafverfahrens im Heim bleiben.

Frau Kähler teilt mit, dass das Betreuungskonzept einen strukturierten Tagesablauf mit einem klaren An- und Abmeldeverfahren vorsieht. Die Türen der Einrichtung sind nicht verschlossen. Allerdings können die Bewohner nicht ein- und ausgehen wie sie möchten. Außerdem werden sie am Anfang nur in Begleitung Ausgang haben. Wer gegen Auflagen verstößt, muss in das Jugendgefängnis.

Herr Hornhues erwartet, dass die Sozialbehörde nun mitteilt, wann eine Informationsveranstaltung stattfindet, weil nur dann alle in der Lage sind, den Sachverhalt zu beurteilen. Die bisherige Informationspolitik ist gründlich daneben gegangen und die Sozialsenatorin sollte nun den Scherbenhaufen zügig zusammen kehren, den sie hinterlassen hat. Dass die CDU-Fraktion eine andere Position zur Unterbringung hat, ist deutlich geworden.

Frau Punkenburg fragt nach Erfahrungswerten zum Erfolg einer solchen Einrichtung.

Frau Boll stellt fest, dass die Sozialbehörde nichts dazu gelernt hat. Es wird so viel Geld für sieben Jugendliche ausgegeben, dass es nicht verhältnismäßig ist. Das Heim ist zu teuer. Die straffälligen Jugendlichen wären außerdem in einer geschlossenen Einrichtung besser aufgehoben.

Herr Magnitz findet, dass eine solche Einrichtung nicht in ein intaktes Wohngebiet gehört, sondern auf die grüne Wiese oder an den Rand eines Gewerbegebietes. Die voraussichtlichen Betriebskosten in Höhe von 830 000 Euro wären woanders besser angelegt. Damit könnten vier Turnhallen im Stadtteil saniert werden.

Ein Bürger bezweifelt, dass die Jugendlichen im Heim auf den Pfad der Tugend zurückfinden. Sie halte die Einrichtung für „sehr bedenklich“, auch vor dem Hintergrund geplanter personeller Einschränkungen im Lesumer Polizeirevier, meinte eine Bürgerin unter Beifall. „Warum werden die Jugendlichen nicht im alten Ortsamt einquartiert? Da hätte man sie mitten im Zentrum im Blick“, lautete ein Vorschlag. Eine Anwohnerin wunderte sich, warum das Ressort ausgerechnet die zwei Häuser an der Käthe-Kollwitz-Straße anmieten will. „Die stehen seit Jahren leer, es gibt Schimmelbefall und Ratten. Die Eigentümer haben sich nie gekümmert, jetzt sollen sie noch Geld bekommen.“

Herr Friesen findet, dass Burglesum sein „Soll“ bereits erfüllt hat.

Weitere Nachfragen von **Herrn Freihorst, Frau Hornhues, Herrn Hennig und Herrn Koschnick.**

Es folgen weitere Wortmeldungen aus dem Publikum. Es wird bezweifelt, dass die Jugendlichen im Heim zu gesetzestreuern Bürgern werden. Es wird die Sorge geäußert, auch vor dem Hintergrund geplanter personeller Einschränkungen im Lesumer Polizeirevier, ob man sich noch sicher fühlen kann. Gefragt wird außerdem, warum die Jugendlichen nicht im alten Ortsamt untergebracht werden. Da hätte man sie mitten im Zentrum im Blick. Eine Anwohnerin fragt, warum das Ressort ausgerechnet die zwei Häuser an der Käthe-Kollwitz-Straße anmieten will obwohl diese seit Jahren leer stehen und es Schimmelbefall und Ratten gibt. Die Eigentümer haben sich nie gekümmert und nun sollen sie noch Geld bekommen für die Sanierung.

Frau X möchte diverse Fragen zur Intensivpädagogischen Einrichtung beantwortet haben:

1. Um welches pädagogische Konzept handelt es sich?
2. Wie wird sichergestellt, dass es zu keinen erneuten Straftaten dieser Intensivtäter kommt?
3. Wird das Gelände zu einem Festpreis für 10 Jahre gemietet oder sind monatliche Mieten zu zahlen? Um welche Summen geht es?
4. Wer zahlt die Notwendigen Renovierungen? Das alte Haus ist ca. 100 Jahre alt, meines Wissens nie grundlegend renoviert worden, d.h. bei Renovierungen kann man Überraschungen erleben (Kanal, Elektrizität, Wasser) Schimmel?? Das jüngere Haus steht seit mehreren Jahren leer, auch hier gibt es Renovierungsbedarf. Das Grundstück ist mit Brombeeren verwildert, die schon jahrelang den Fußgängerweg direkt neben der Grundstücksgrenze zeitweise sehr beeinträchtigen. Zum Teil haben die Anwohner die Ranken kurz gehalten.

Frau Hellbach versichert, dass die Fragen auf der zeitnahen Einwohnerversammlung umfassend beantwortet werden.

Anwohner überreichen eine Unterschriftenliste:

Durch den Weser-Kurier vom 19.08.2017 haben wir Lesumer erfahren, dass die Bremer Sozialbehörde eine offene Einrichtung für 7 Jugendliche Intensiv Straftäter in der Käthe-Kollwitz-Str. 1 plant. Dieses Projekt soll bereits 2018 starten. Wir Anwohner vermissen hierzu eine vorbereitende Diskussion über mögliche Gefahren und Vorzüge des offenen Vollzug zu einer Kriminalitätssteigerung in unserem direkten Wohnumfeld kommen könnte und fordern deshalb als Anwohner und Unterzeichner den Burglesumer Beirat auf, eine öffentliche Einwohnerversammlung zu diesem Projekt zu veranstalten, bevor hierzu Verträge unterzeichnet werden.

Es sind ca. 90 Unterschriften auf dem Unterschriftenvordruck vermerkt.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis, vor allem die Zusage einer besseren Kommunikation. Er erwartet von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die zeitnahe Durchführung einer Bürgerinformationsversammlung (innerhalb der nächsten vier Wochen) mit allen verantwortlichen Akteuren, auf der der aktuelle Sachstand, das Konzept und die Notwendigkeit solch einer Einrichtung vorgestellt sowie Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung umfänglich beantwortet werden, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

TOP 4: Kindertagesbetreuung im Stadtteil im Kindergartenjahr 2017/2018

Herr Boehlke begrüßt Frau Pauluhn von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Frau Pauluhn berichtet über die aktuelle Sachlage (s. Anlage 1).

4.1: Bericht zur allgemeinen Versorgungslage im Stadtteil

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet um Übermittlung der Anzahl der Kinder, die auf den Wartelisten der jeweiligen Kita-Einrichtungen im Stadtteil stehen.

4.2: Bericht zum geplanten Ausbau der Hortplatzversorgung in Lesum

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet alle beteiligten Institutionen, die Hortplätze im ehemaligen Ortsamtsgebäude schnellstmöglich zu realisieren. Dabei ist, gemeinsam mit der Schulleitung, zu prüfen, ob auch die Hortgruppe von Kita Bremen in das ehemalige Ortsamtsgebäude untergebracht werden könnte.

TOP 5: Beschlussfassung über Projekte aus dem ASV-Stadtteilbudget

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat Burglesum beschließt die Umsetzung folgender Projekte aus dem ASV-Stadtteilbudget:

- *Verbesserung der Beleuchtungssituation auf dem Helsingborger Platz (30.000 Euro)*
- *Aufbringung von jeweils zwei Piktogrammen „30“ zu Beginn des Streckengebots in der Hindenburgstraße und Bremerhavener Heerstraße (430 Euro)*
- *Errichtung von drei Pollern zwischen der Hans-Steil-Straße und Friedehorst zur Verhinderung des nicht vorgesehen Pkw-Durchgangsverkehrs (1.000 Euro)*

Der Beirat Burglesum beschließt darüber hinaus, dass die restlichen Mittel vereinbarungsgemäß in das nächste Jahr übertragen werden.

TOP 6 (Neu): Nachwahlen in Fachausschüssen

Nachwahl für den Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung

Mandatsverzicht von Herrn Michael König, Vorschlagsrecht: SPD

Die SPD schlägt Frau Maren Wolter vor. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Nachwahl für den Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus

Mandatsverzicht von Frau Heike Boll, Vorschlagsrecht: Bürger in Wut

Die BIW schlägt Herrn Henning Meyer vor. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Nachwahl für den Ausschuss für Soziales

Mandatsverzicht von Frau Heike Boll, Vorschlagsrecht: Bürger in Wut

Die BIW schlägt Herrn Henning Meyer vor. Die Wahl erfolgte einstimmig.

TOP 7 (Neu): Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vergabe von Beiratsmitteln: Bewilligung einer Freizeitfahrt des JC Fockengrund in den Sommerferien in Höhe von 213,00 Euro.

TOP 8 (Neu): Mitteilungen des Beiratssprechers

keine

TOP 9 (Neu): Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

9.1: **Herr Henning** teilt mit, dass die Fußwegeverbindungen Blauholzmühle und Treptower Straße zur Bushaltestelle zugewachsen sind.

9.2: **Herr Friesen:** Von der Lesumer Heerstraße zum Wanderweg Kränholmwald gibt es kein Hinweisschild an der Lesumer Heerstraße.
Am Wanderweg Kränholmwald sind zwei Klobenbänke abgängig, müssen ersetzt werden. (Anmerkung: Auftrag an UBB durch das Ortsamt am 2.05.2017 erfolgt).

Eingewachsene Verkehrsschilder an der Straße am Heidbergstift an der Ecke
Bustrasse rechts und links.

Die Grünphase der Ampel an der Bremerhavener Straße von der Volksbank
zur Esso-Tankstelle ist sehr kurz für alte u. behinderte Mitbürger in
Burgdamm.

Ende der Sitzung 22:15 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Sprecher des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll